



# Offene Jugendarbeit in der Offensive

## Zur Einführung

Dass Offene Kinder- und Jugendarbeit seit jeher unter erheblichen Konjunkturschwankungen zu leiden hat, ist ebenso eine Binsenweisheit wie die Tatsache, dass sie dadurch immer wieder in Legitimationsnöte gestürzt wird. Seit einigen Jahren versuchen die Träger sowohl der verbandlichen, als auch der Offenen Arbeit mit diesen Zumutungen offensiver umzugehen.

Auf der fachlichen Ebene wurden die Diskussionen beispielsweise über Qualitätsentwicklung oder die spezifischen Bildungsleistungen der Kinder- und Jugendarbeit vorangetrieben. Auf der politischen Ebene wurden in mehreren Bundesländern Vereinbarungen mit den Landesregierungen geschlossen oder solche werden aktuell diskutiert. Hier geht es darum, angesichts knapper öffentlicher Kassen und einem befürchteten Wechsel von Politikschwerpunkten aufgrund des demographischen Wandels zu begegnen.

Gleichzeitig wird aber auch versucht, die Politik dazu zu bewegen, sich präziser zu positionieren. Seit Mitte der 90er Jahre war die Förderpolitik häufig geprägt von einem schnellen Wechsel der „Themen“, die die kontinuierliche Arbeit häufig erschwert hat. Immer wieder wurden neue Projekte aufgelegt, an denen sich die Kinder- und Jugendarbeit beteiligen sollte. Mit diesen Vereinbarungen wurden deshalb auch mittelfristige Förderschwerpunkte festgelegt, die von den Trägern

weitgehend mit formuliert wurden. Solche Themen sind z.B. Integration oder Partizipation.

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit ging aber auch auf einer weiteren Ebene in den vergangenen Jahren in die Offensive. In Hamburg und Baden-Württemberg wurden Kampagnen gestartet, mit denen das Arbeitsfeld und ihre spezifischen Leistungen gegenüber Politik und Öffentlichkeit transparenter gemacht werden soll. Besonders in Hamburg wollte man sich damit auch gegen drohende Einschränkungen der Offenen Arbeit zugunsten eines stärkeren Engagements der Einrichtungen bei der Ganztagesbetreuung wehren. Bemerkenswert ist hier zudem, dass dies einherging mit einer Konzeptionsdebatte.

Mit mehreren Artikeln wird in diesem Heft der nordrhein-westfälische „Pakt mit der Jugend“, seine Entwicklung und seine Wirkungen in der Praxis, vorgestellt. Ein weiterer Beitrag beschreibt das baden-württembergische Pendant, das „Bündnis für die Jugend“. Es folgen zwei Artikel zu den angesprochenen Kampagnen in Hamburg und Baden-Württemberg.

